

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Mai/Juni 2017

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

Manchester reiht sich ein in die beklemmend lange Liste so aufregender europäischer Städte wie Paris, Brüssel, Berlin und London, in denen in den vergangenen Jahren unschuldige Menschen auf barbarische Weise zu Opfern gemacht wurden. Meine Gedanken sind auch jetzt bei den Opfern und deren Angehörigen. Ich wiederhole mich an dieser Stelle gern: Wir alle müssen den Kampf gegen Fanatismus, Intoleranz und Gewalt führen. Wir alle werden diesen Kampf mit Herz und Menschlichkeit, aber auch mit allen Kräften des europäischen Rechtssystems gewinnen.

Ein wichtiger Termin zum gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Terrorismus war der G7-Gipfel in Taormina in der vergangenen Woche. Leider war außer beim Thema Terrorismus mit dem US-Präsidenten keinerlei Einigung möglich. Nicht zuletzt mit der Aufkündigung des Pariser Klimaabkommens eine Woche nach Gipfelende hat er wieder einmal eindrücklich gezeigt, dass die internationale Gemeinschaft, auch NATO und G7, nur sehr schwer mit den Irrationalitäten eines US-Präsidenten Donald Trumps zurechtkommt.

Für uns ist klar: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind ein fester Pfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland wird weiter daran arbeiten, diese freundschaftlichen Beziehungen zu stärken. Gerade deswegen ist es aber auch richtig, Differenzen unter Freunden ehrlich zu benennen. Nicht zu akzeptieren sind aber wöchentlich wiederholte plakative Beschuldigungen des Präsidenten bezüglich des deutschen Außenhandelsüberschusses oder des deutschen NATO-Beitrags.

Gerade in Zeiten internationaler Verwerfungen und Unsicherheiten (Trump, Putin, Erdogan), müssen wir uns daher auf unsere Stärken in Europa konzentrieren. Diese liegen in unserer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, unserem freien Handel, Frieden und wirtschaftlich sehr starken Binnenmarkt. Nun wollen wir künftig nicht überall mehr, sondern in den entscheidenden Dingen ein besseres Europa: bei der in-



neren und äußeren Sicherheit, bei der Wettbewerbsfähigkeit, bei der Digitalisierung und beim weltweiten Werben für Freihandel. Wir sind gern bereit, mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron als überzeugtem Europäer einen Impuls für diese stärkere EU zu setzen. Denn nur wenn die EU stark ist, kann Deutschland stark sein.

Auch zu Incirlik habe ich eine klare Position. Wenn die Türkei bei ihrem Nein zum Besuchsrecht von Abgeordneten des Deutschen Bundestages bei den in Incirlik stationierten Bundeswehrsoldaten bleibt, kann die Bundeswehr dort nicht bleiben. Die Bundesregierung sucht bereits alternative Standorte. Der Bundesaußenminister möchte mit der Türkei noch einmal verhandeln, weshalb es unverständlich ist, dass seine eigene SPD-Fraktion ihn dabei nicht unterstützen will. Wir lassen uns jedenfalls nicht drängen.

Weitere wichtige Themen, die sich im Brief aus Berlin wiederfinden, sind die Reform der Betriebsrente, die Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Gewalt gegen Frauen oder das Verbot von Kinderehen. Darüber hinaus können Sie den Praktikantenbericht meiner letzten Praktikantin Anna Lutz lesen.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Rentenreform • Gewalt gegen Frauen • Verbot von Kinderehen • Flexibilisierung von Arbeit
• Arbeitsmarkt und Inflation • Praktikantenbericht

Rentenversicherung:

Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge

Wir haben in dieser Legislaturperiode viel zum Thema Rente umgesetzt. Dabei standen vor allem die erste Säule der gesetzlichen Rentenversicherung im Mittelpunkt der Reformen. Jetzt wurde es Zeit, dass auch in der zweiten und dritten Säule notwendige Reformen angestoßen werden.

Derzeit haben rund 60 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland Anspruch auf eine Betriebsrente. Mit Zuschüssen und Steuervorteilen erhöhen wir die Bereitschaft zur ergänzenden Sicherung des Alterseinkommens. Insbesondere Geringverdiener profitieren von dem neuen Betriebsrenten-Förderbetrag. Bei Einkommen bis zu 2.200 Euro brutto im Monat bezuschussen wir einen Arbeitgeberbeitrag zur Betriebsrente von bis zu 480 Euro im Jahr mit bis zu 144 Euro.

Für Geringverdiener wird zusätzlich zur zweiten auch die dritte Säule der Rentenversicherung gestärkt. Bürgerinnen und Bürger in Betriebs-, Riester oder Privatrentenverträgen profitieren in Zukunft von einem Freibetrag von 200 Euro im Monat, die nicht mehr mit der Grundsicherung im Alter verrechnet werden. Wer vorsorgt, bekommt mehr. Das war mir seit langem ein wichtiger rentenpolitischer Herzenswunsch, weil es nicht gerecht ist, wenn Menschen, die in irgendeiner Form vorsorgen, dennoch dieselbe Grundsicherung erhalten, wie Menschen, die keine zusätzliche Vorsorge betrieben haben. Das ändert sich

glücklicherweise nun. Auch der staatliche Zuschuss zur Riester-Rente steigt um 21 Euro auf 175 Euro pro Jahr.

Zudem soll die betriebliche Altersversorgung künftig zusätzlich über Tarifverträge ausgebaut werden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen, begrenzt auf ein neues Sozialpartnermodell, auf eine Garantie verzichten, wie hoch die Betriebsrente am Ende ausfällt. Den Beschäftigten wird stattdessen eine Zielrente angeboten. Die neue Betriebsrente ohne Garantien ist ein Vertrauensvorschuss an die Tarifvertragspartner, an Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Es ist jetzt ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass das Vertrauen in die Sicherheit des neuen Modells gerechtfertigt bleibt. Uns ist wichtig, dass sich kleine, nicht-tarifgebundene Betriebe dem neuen Modell anschließen können und dass es gut funktionierende, bestehende Betriebsrentensysteme nicht verdrängt.



Quelle: Elisabeth Allmendinger

Neben der verabschiedeten Mütterrente, der Rente ab 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren und der Flexirente ist die Stärkung der Betriebs- und Privatrente ein wichtiger Schritt, um unser Rentensystem nachhaltig zu stärken und Gerechtigkeit für hartarbeitende Geringverdiener auch in der Rente angemessen zu stärken. ■

Gewalt gegen Frauen:

Gesetz zur Einführung des Anspruchs

Um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt einzudämmen und möglichst zu verhindern, haben wir in zweiter und dritter Lesung unseren Beitritt zum EU-Übereinkommen beraten. Mit der Einführung des Grundsatzes „Nein heißt Nein“ in das Sexualstrafrecht haben wir bereits eine Maßnahme im Sinne des Übereinkommens in nationales Recht umgesetzt. Die Unterzeichnerstaaten der Istanbul-Konvention haben sich unter anderem verpflichtet gegen psychische Gewalt (Artikel 33), Nachstellung (Artikel 34), körperliche Gewalt (Artikel 35), sexuelle Gewalt (Artikel 36), Zwangsheirat (Artikel 37), Verstümmelung weiblicher Genitalien (Artikel 38), Zwangsabtreibung und Zwangssterilisierung (Artikel 39) und sexuelle Belästigung (Artikel 40) vorzugehen. Mit der Zustimmung zu diesem Europaratsübereinkommen verpflichten wir uns zu vorbeugenden Maßnahmen des Gewaltschutzes sowie dem Schutz und der Unterstützung der Opfer. ■

Kinderehen:

Das Verbot ist verabschiedet

Ehen zwischen Minderjährigen können das Wohl der Kinder bzw. Jugendlichen sowie deren Entwicklungschancen maßgeblich beeinträchtigen. Im Sinne des Kindeswohles und des Schutzbedürfnisses Minderjähriger haben wir in dieser Woche ein Gesetz beschlossen, mit dem wir das Ehemündigkeitsalter im deutschen Recht ausnahmslos auf 18 Jahre festlegen. Zudem werden Ehen, bei denen ein Ehepartner zum Zeitpunkt der Heirat unter 16 Jahre alt war, für nichtig erklärt. War einer der Ehepartner 16 oder 17 Jahre, kann auf Antrag die Ehe durch Gerichtsbeschluss annulliert werden. Wir setzen damit unsere Werteordnung auch gegenüber im Ausland geschlossenen Ehen durch, wenn die Ehepartner etwa als Flüchtlinge nunmehr nach Deutschland kommen. ■

Neue Studie:

21 Instrumente zur Arbeitsflexibilisierung in Führungspositionen

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle gern kurz eine in meinen Augen interessante Studie vorstellen, die die Initiative „Chefsache“ in dieser Woche

veröffentlicht hat. Sie zeigt, dass das Potential von Frauen in Deutschland trotz eines Mangels an qualifizierten Fach- und Führungskräften derzeit noch nicht ausreichend ausgeschöpft wird. Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen würde das Bruttoinlandsprodukt um 422 Mrd. Euro pro Jahr steigern.

Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern ist eine stärkere Flexibilisierung der Arbeit in Führungspositionen durch mobiles Arbeiten, reduzierte Vollzeit und Jobsharing, so die Studie. Für die Realisierung innovativer Arbeitsmodelle in Unternehmen wurden 21 praxisnahe Instrumente entwickelt, die sich auf den drei unterschiedlichen Ebenen des Arbeitsumfeldes, der Organisation und des Individuums bewegen. Schauen Sie sich die 21 Instrumente bei Interesse gern einmal selbst unter www.initiative-chefsache.de an. Ich finde sie überzeugend. ■

Neue Daten:

Arbeitsmarkt und Inflation

Wie in jedem Monat wurden auch im Mai die Arbeitsmarkt- und Inflationszahlen veröffentlicht. Sie sind ein sichtbarer Gradmesser für die hervorragende wirtschaftliche Lage in Deutschland.

Die Inflationsrate in der Eurozone ist nach wie vor niedrig, im Mai mit 1,4 Prozent sogar noch niedriger als im April (1,9 Prozent). Die Kerninflation, in der die schwankungsanfälligen Lebensmittel- und Ölpreise ausgeklammert sind, sank hier sogar auf 1,0 Prozent. In Deutschland sank die Inflation auf 1,5 Prozent. Die Preise sind also stabil – das ist eine gute Nachricht für die Bürgerinnen und Bürger. Allerdings nimmt die europäische Wirtschaft – entgegen der deutschen – demnach nur zögerlich Fahrt auf.

Die Arbeitslosenzahlen in Deutschland sanken im Mai gegenüber dem Vormonat um 71.000 auf nun 2,498 Millionen Menschen. Saisonbereinigt waren im Mai 9.000 Menschen weniger ohne Arbeit. Gegenüber dem Vorjahr waren im Mai 166.000 Menschen weniger Menschen arbeitslos. Die Arbeitslosenquote sank somit auf 5,6 Prozent.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist sehr gut: die Wirtschaft brummt, die Menschen kommen nach wie vor schneller in Arbeit, vor allem sozialversicherungspflichtige Arbeit, die Preise sind stabil. ■

Praktikumsbericht:

Anna Lutz

Im Rahmen meines Bachelorstudiengangs „Politikwissenschaft“ an der Universität Regensburg, bei dem ich meinen Fokus vor allem auf die Thematik „Internationale Politik“ gelegt habe, wurde es mir von Markus Koob ermöglicht mein dreimonatiges Pflichtpraktikum in seinem Abgeordnetenbüro in Berlin zu absolvieren. Als ich vergangenes Jahr die Zusage für das Praktikum von Mitte März bis Ende Mai erhielt (und ja man sollte sich wirklich bereits ein Jahr vorher bewerben, da die Praktikumsplätze im Abgeordnetenbüro von Markus Koob sehr beliebt sind!), hätte ich mir für die Praktikumszeit wahrscheinlich keinen interessanteren und spannenderen Zeitraum aussuchen können.



Zum einen konnte ich während diversen Anhörungen und Sitzungen des Ausschuss für Familie, Senioren sowie der Frauen und Jugend – und dem Finanzausschusses, zu denen ich Markus Koob begleiten durfte, das immer größer werdende Spannungspotenzial zwischen den Parteien, das vor der Bundestagswahl im September seinen Höhepunkt finden wird, aus nächster Nähe mitverfolgen und zum anderen war es mir möglich an vielen eindrucksvollen Veranstaltungen des von der CDU/CSU-Fraktion organisierten und zweimal im Jahr stattfindenden (Frühling und Herbst) Praktikantenprogramms teilzunehmen. Dieses Programm füllte vor allem während der ersten 3 Praktikumswochen im März meinen Tagesablauf. Immer wiederkehrende Höhepunkte waren sogenannte Diskussionsrunden mit hochrangigen Politikerinnen und Politiker der Fraktion. Dazu zählten u.a. Volker Kauder (Fraktionsvorsitzender der CSU/CDU), Peter Altmaier (Chef des Bundeskanzleramtes), Norbert Lammert (Bundestagspräsident), Peter Tauber (Generalsekretär) und Dr. Wolfgang Schäuble (Finanzminister). Hierbei standen die Politikerinnen und Politiker den

Praktikanten Rede und Antwort zu aktuellen und uns interessierenden Themen. Des Weiteren konnte ich an Führungen des Bundestages, des Kanzleramtes, des Bundesrats und einigen Weiteren teilnehmen, die ebenfalls ausschließlich für die Praktikanten organisiert wurden. Mein persönliches Highlight des Programms war jedoch der Besuch einer Plenarsitzung am 24.03.17, bei der über das höchst umstrittene Thema PKW-Maut abgestimmt wurde. Neben dem Praktikantenprogramm gaben mir die überaus engagierten Mitarbeiter von Markus Koob, Ria und Johannes, zudem die Gelegenheit an zahlreichen anderen Veranstaltungen, wie z.B. die Teilnahme am Tag der Inneren Sicherheit und dem Kongress für Wirtschaft und Innovation, wo ich die Möglichkeit hatte Angela Merkel als Gastrednerin mitzerleben, teilzunehmen. Insgesamt ist zu sagen, dass meine Tätigkeiten im Bundestagsbüro von Markus Koob breit gefächert waren und es zwar mit Sicherheit einen gewissen Anteil an alltäglichen, routinierten Aufgaben wie z.B. das Holen und Sortieren der Hauspost, den Telefondienst im Büro, den Empfang von Gästen im Büro und die Vorbereitung der Mappen für den Ausschuss für Familie, Senioren sowie der Frauen und Jugend- und den Finanzausschuss gab, es überwiegend jedoch sehr vielfältige und interessante Aufgaben waren, die ich zu erledigen hatte.

Durch mein Praktikum im Abgeordnetenbüro konnte ich das theoretische Wissen, welches ich mir während meines bisherigen Studiums aneignen konnte, vertiefen und um viele praktische Erfahrungen und differenzierte Eindrücke erweitern. Die strukturelle Abläufe innerhalb der Fraktion, die Funktionsweise der staatlichen Institutionen und der immense Arbeitsaufwand der hinter jedem Ausschuss, jeder Plenarsitzung und jedem offiziellen Statement steht, sind mir nun um einiges bewusster geworden und ich bin mir sicher, dass mir dieses Hintergrundwissen bzw. Verständnis hinsichtlich der parlamentarischen Abläufe viel für mein weiteres Studium bringen wird.

Last but not least möchte ich mich ganz herzlich bei Markus Koob und seinem gesamten Team bedanken. Markus, Jonny, Ria, Johannes und Armin ihr habt mir eine unvergessliche Zeit in Berlin bereitet. Bleibt so wie ihr seid! Ich freue mich auf zukünftige Praktikantenstammtische mit euch. ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel 030/227-75549 • Fax 030/227-76549
E-Mail markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de